

Herrn
Oberbürgermeister Diehl

über
Magistrat

und

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin Thiels

an den Ausschuss für Soziales

Der Magistrat

Dezernat für Jugend, Soziales,
Wohnen und Stadterneuerung

Stadtrat Wolfgang Hessenauer

14. Mai 2007

**Bericht an den Sozialausschuss zu den Konsequenzen des „Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden“
Beschluss-Nr. 0009 vom 25.01.2007**

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Konsequenzen bisher aus dem im Januar 2005 erarbeiteten und im April 2005 eingebrachten Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden gezogen wurden.“

Der Magistrat hat mit Beschluss Nr. 1155 vom 13.11.2005 umfangreiche Handlungslinien (siehe die linke Spalte der folgenden Tabelle) als Konsequenz aus den Ergebnissen des Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden festgelegt. Als federführender Dezernent der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Bildungsbeteiligung in Wiesbaden“ (Dezernate I, VI, und VII) fasse ich den aktuellen Sachstand der Umsetzung des Magistratsbeschlusses 1155 zusammen (siehe rechte Spalte der folgenden Tabelle).

	Beschluss des Magistrats 1155	Konsequenzen / Stand der Umsetzung bis April 2007
1.	Der „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden“ wird zur Kenntnis genommen.	Freigabe des Berichtes, Veröffentlichung in der Reihe „Beiträge zur Sozialplanung“ des Sozialdezernates.
2.	Dezernat VI/51 in Verbindung mit Dezernat I und Dezernat VII wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Professor Hradil den Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden durch folgende Ergänzungen zu komplettieren: <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung einer Analyse über die schichtspezifische Chancenungleichheit, - Berücksichtigung non-formaler bzw. informeller 	Im Schuljahr 2006/07 führt die Universität Mainz, FB 02, Institut für Soziologie im Auftrag der Stadt Wiesbaden eine Befragung aller Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen und ihrer Eltern sowie Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer durch. Schwerpunkt dieser Vollerhebung ist der Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen und die Rolle, die schulische vor allem aber außerschulische Bildungsangebote dabei spielen, sowie das Zusammenwirken von u. a. Schulstruktur, Schicht, Migrationshintergrund und Milieu/Sozialraum. Die Arbeitsgruppe „Bildungsbeteiligung in

<p>2.1</p>	<p>Bildungsprozesse.</p> <p>Dabei sind folgende Schwerpunkte zu bearbeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - systematische Erfassung bestehender Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Bildungsträgern i. w. S., insbesondere mit Vereinen, (Eltern-) Initiativen und privaten Bildungsanbietern, - Ausdehnung der „Best-practice“-Untersuchungen auf Schulen mit einem hohen Anteil deutscher Kinder aus bildungsfernen Familien, - Durchführung einer Stichprobe zur Erhebung von schichtspezifischen Daten. 	<p>Wiesbaden“ hat die Untersuchung in Auftrag gegeben und begleitet sie.</p> <p>Die Befragung steht kurz vor dem Abschluss. Erste Rückmeldungen der Uni Mainz besagen, dass von einer hohen Beteiligung auszugehen ist.</p> <p>Die Ergebnisse werden im Jahr 2008 veröffentlicht werden. Sie sollen in die Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung der städtischen Ämter einfließen.</p>
<p>2.2</p>	<p>Hierüber sowie über die finanziellen Auswirkungen ist baldmöglichst zu berichten.</p>	<p>Die Befragung wird aus Haushaltsmitteln der Dezernate für Jugend, Integration und Schule finanziert (siehe Magistratsbeschluss Nr. 0743 vom 29.08.06 zur SV 06-V-51-0040).</p>
<p>3.</p>	<p>Dezernat VI/51 wird in Verbindung mit Dezernat VII/33 beauftragt ein „Handlungsprogramm Eltern- und Familienbildung“ zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern aus bildungsferneren Bevölkerungsgruppen in Wiesbaden zu entwickeln.</p>	<p>Die Fachstelle „Zielgruppenorientierte Elternbildung“ wurde im Amt für Soziale Arbeit im April 2006 eingerichtet. Ein Fachbeirat Elternbildung wurde gegründet und hat ebenfalls im Jahr 2006 seine Arbeit aufgenommen. In der ersten Umsetzungsphase (2006/07) geht es um die Weiterentwicklung der Angebote für die ersten Phasen der Elternschaft (0-3 Jahre) und den Aufbau von Netzwerken. Ein Auswertungsbericht zur Phase 1 wird Ende 2007 vorgelegt werden.</p>
<p>3.1</p>	<p>Bis zum Oktober 2006 ist ein erster Realisierungsplan für das „Handlungsprogramm Eltern und Familienbildung“ mit einem Kooperationsrahmen, Zeit- und Ressourcenschätzung und ggf. ersten Maßnahmenvorschlägen vorzulegen.</p>	
<p>4.</p>	<p>Die Dezernate VII/33, VI/51 und VIII werden beauftragt in enger Kooperation mit dem staatlichen Schulamt ein Handlungsprogramm zu entwickeln, das die Chancen bildungsferner Gruppen im Übergang von der</p>	<p>Unter Federführung des Einwohner- und Integrationsamts wurden 2006 in drei Fachgesprächen mit Schulleitungen, einer Vertreterin des Staatlichen Schulamtes, des Ausländerbeirates und des Amtes für Soziale Arbeit ein Handlungsprogramm zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern, insbesondere zur Ver-</p>

<p>4.1</p>	<p>Grundschule zu weiterführenden Schulen und beim Besuch weiterführender Schulen in Wiesbaden verbessert.</p> <p>Bis zum Oktober 2006 ist ein erster Realisierungsplan mit einem Kooperationsrahmen vorzulegen.</p>	<p>besserung des Übergangs von der Grundschule zu weiterführenden Schulen erarbeitet.</p> <p>Dieses Handlungsprogramm umfasst 13 Projekte, für die konkrete Kooperationspartner und Zeitziele bestimmt sind. Einige Projekte wurden bereits Anfang 2007 gestartet wie z. B. die Einbindung spezieller Schulungsmodul in das Projekt „Mama spricht Deutsch“ sowie die Weiterentwicklung des Lotsenprojektes MIMI (Mit Migranten für Migranten) um Themen aus dem schulischen Bereich.</p>
<p>5.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass Dezernat VIII in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden die Schulbezirkssatzung für Grundschulen mit dem Ziel überarbeitet, die Schülerpopulation des Schulbezirks und den tatsächlichen Besuch der zuständigen Grundschule in Einklang zu bringen und dort, wo es notwendig erscheint, die Schulbezirke zu verändern.</p>	<p>Eine Änderung der Schulbezirkssatzung erfolgte bisher lediglich durch Teilverfügungen des Schuldezernenten (z. B. für Schiller-, Kleist- und Jahn-Schule). Diese verhindern ein Ausufen der Gestattungen.</p> <p>Eine Gesamtrevision der Satzung hält das Schuldezernat weiterhin für erforderlich.</p>
<p>6.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass Dezernat VI/51 den Ausbau von Tagesbetreuungsangeboten an bzw. in Kooperation mit Grundschulen plant.</p>	<p>Eine konkrete Planung zum Ausbau der Betreuenden Grundschulen wurde vom Sozialdezernat mit SV 05-V-51-0037 erarbeitet. Konkrete Beschlüsse stehen noch aus. Die weitere Vorgehensweise ist u. a. Gegenstand eines Hearings im Sozialausschuss am 8.5.2007</p>
<p>7.</p>	<p>Dezernat VIII wird gebeten im Zuge des Bund-Länder-Programms im Sekundarbereich I das Angebot ganztätig arbeitender Schulen zu erweitern. Schulen in Stadtteilen mit überdurchschnittlichem Anteil an Migrantenkinder sind hierbei mit Vorrang zu berücksichtigen.</p>	<p>Das IZBB-Programm wird 2007 abgewickelt sein (haushaltstechnisch in 2008). Die Kompatibilität mit dem „Ganztagsprogramm nach Maß“ des Landes war Voraussetzung. Hierfür standen/stehen in den Jahren 2006-2008 jährlich eine Lehrerstelle zu Verfügung. Diese Stellen wurden an folgende Schulen vergeben: Gutenbergschule/Gymnasium am Mosbacher Berg, Brüder-Grimm-Schule/Albert-Schweitzer-Schule i. V. mit G.-Stresemann-Schule und Kellerskopfschule.</p> <p>Das formulierte Ziel wurde damit nur teilweise erreicht.</p>
<p>8.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass Dezernat VI/51 die Erkenntnisse und Anforderungen des Berichtes zum „Handlungsschwerpunkt Elementarbildung, vorschulische Fördermaßnahmen und Übergänge Elementarbereich/Grundschule“ im Rahmen seines Handlungs-</p>	<p>In einer Projektgruppe mit dem staatlichen Schulamt, freien Trägern und dem Amt für Soziale Arbeit wurde eine „Wiesbadener Empfehlung zum Übergang Kindertagesstätte-Grundschule“ (01/07) erarbeitet und auf einer Fachtagung präsentiert, die Handlungsgrundlage für alle Wiesbadener Kindertagesstätten und Grundschulen sein soll. Eine Evaluation der Umsetzung erfolgt in 2007/08.</p>

	programms „Zur Verbesserung der Bildungschancen für Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten“ (SV 04-V-51-0038) berücksichtigt und umsetzt.	
9.	Dezernat VII/12 wird beauftragt, das im Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung entwickelte Bildungsmonitoring in Verbindung mit Dezernat VII/33, Dezernat VI/51 und Dezernat VIII fortzuentwickeln und jährlich vorzulegen.	Das Monitoring zur Bildungsbeteiligung wurde für das Jahr 2006 fortgeschrieben und in Form eines Berichtes dem Magistrat vorgelegt. Der Magistrat hat die Ergebnisse mit Beschluss Nr. 0882 vom 17.10.2006 zur Kenntnis genommen. Der Bericht zum Bildungsmonitoring ist auch im städtischen Intranet sowie im Internet abrufbar. Die nächste Fortschreibung ist für Herbst 2007 geplant.
10.	Im Rahmen der vorzulegenden Handlungsprogramme ist gleichzeitig darzulegen, ob und inwieweit sich finanzielle Folgen ergeben. Vor Umsetzung geplanter Projekte sind die konkreten finanziellen Folgen gesondert zu beschließen.	Alle Handlungsprogramme und Maßnahmen, die zusätzliche finanzielle Ressourcen benötigen, wurden und werden in den zuständigen Dezernaten/Ämtern durch Umsetzungsvorlagen angestoßen und zur Entscheidung gebracht.



Verteiler

Dez. I - Herr Giegerich

Dez. I - Schulentwicklungsplanung Herr Bothe

Dez. VII - Herr Sand

3304 Frau Rudolph

1202 Herr Härle

51.1 Frau Hock, Herr Brülle